

Politischer Jahresbericht

Europäische Union 2009



Brüssel

Dialogbüro Europäische Union, 2009

Claude Weinber

März 2009

HEINRICH BÖLL FOUNDATION

Brussels's Office
Rue d'Arlon 15
B-1050 Brussels
Belgium

Phone: + 32 2 743 41 00 E-mail: brussels@boell.eu
Fax: + 32 2 743 41 09 www.boell.eu

Zusammenfassung

Im Januar 2009 übernahm die **Tschechische Republik** die **EU-Ratspräsidentschaft**. Ihre Agenda mit den „drei großen E's“ (*Economy, Energy* und *External Relations*) war ambitioniert, aber ihre Amtsperiode stand unter einem schlechten Stern. Nicht nur musste sie sich mit der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise auseinandersetzen und den Streit mit Russland über das von den USA geplante Raketenschild in Polen und Tschechien bewältigen. Auch wurden die Tschechen schon einige Tage nach ihrem Amtsantritt mit zwei ernsthaften außenpolitischen Krisen konfrontiert: der russisch-ukrainischen Gaskrise und der Eskalation des Konflikts im Gaza-Streifen. Während es dem tschechischen Premierminister Mirek Topolánek gelang, mit intensiver Pendeldiplomatie die Gaskrise in den Griff zu bekommen, sah die tschechische Ratspräsidentschaft in ihren Versuchen, im Gaza-Konflikt zu vermitteln, weniger gut aus. Dazu muss allerdings gesagt werden, dass auch andere Präsidentschaften wohl kaum erfolgreicher gewesen wären. Was alle guten Anfänge der tschechischen Präsidentschaft im Keim erstickte, war der Sturz Topoláneks am 24. März, noch keine drei Monate nach seinem europäischen Amtsantritt, wonach die tschechische Ratspräsidentschaft kaum noch ernst genommen wurde.

Was dem Ansehen der tschechischen Präsidentschaft auch nicht zugutekam, war das innenpolitische Tauziehen um den Lissabon-Vertrag und die zahlreichen Anti-EU-Bemerkungen und -Auftritte von Staatspräsident Klaus. Als Jan Fischer am 9. April die tschechischen Regierungsgeschäfte und das Amt als EU-Ratspräsident übernahm, gab es kaum noch etwas zu retten, auch wenn die Ergebnisse des EU-Ratsgipfels vom 18. und 19. Juni allseits gelobt wurden. Konkrete Ergebnisse, zum Beispiel in Hinblick auf Klimaschutz, gab es nicht, es sei denn die Zugeständnisse an Irland hinsichtlich des Lissabon-Vertrags. Als positive Resultate der tschechischen Ratspräsidentschaft können die Wiederbelebung der Nabucco-Pipeline und die Lancierung der Östlichen Partnerschaft beurteilt werden. Die Abrundung der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages musste der schwedischen Ratspräsidentschaft, die ihren Dienst am 1. Juli 2009 antrat, ebenso überlassen werden wie die Lösung des slowenisch-kroatischen Grenzkonflikts, der die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien blockierte. Das Versagen der tschechischen Ratspräsidentschaft schadete nicht nur dem ohnehin durch die Ratifikationsprobleme um den Lissabon-Vertrag beschädigten Image der Europäischen Union, es behinderte auch die im Anlauf zu den Europawahlen bereits geschwächte Handlungsfähigkeit der EU in hohem Maße. So wurde die Bedeutung des Lissabon-Vertrags und des darin vorgesehenen dauerhaften Präsidenten anschaulich demonstriert. Die Sorge, dass manche postkommunistischen Länder wohl noch nicht reif sind für eine derartige Aufgabe, war in den Brüsseler Korridoren unüberhörbar.

Die **schwedische EU-Ratspräsidentschaft** - unter der erfahrenen Leitung von Regierungschef Fredrik Reinfeldt und Außenminister Carl Bildt - hatte erst einmal die schwierige diplomatische Aufgabe dafür zu sorgen, dass der Lissabon-Ratifizierungsprozess ohne weitere Inzidente verlaufen konnte. Gleichzeitig musste sie kreativ improvisieren, da das Mandat der Europäischen Kommission im November auslief und die EU sich faktisch im juristischen Niemandsland befand. Auch sah sie sich einem neu gewählten (und relativ unerfahrenen) Europaparlament gegenüber.

Als sich die Iren am 2. Oktober 2009 für den **Lissabon-Vertrag** entschieden, war die Krise um seine Ratifizierung noch nicht vorbei. Zwar unterzeichnet der polnische Präsident Lech Kaczyński den Lissabon-Vertrag gleich am 3. Oktober, aber der tschechische Ministerpräsident Klaus zog erneut vor das tschechische Verfassungsgericht. Seine Klage wurde allerdings, wie alle anderen zuvor, abgewiesen. Erst als Klaus' Bedingung, dass in einer Fußnote zum Vertrag ausgeschlossen werde, dass die EU-Grundrechtecharta die Beneš-Dekrete gefährden könne, erfüllt worden war, gab er nach und unterschrieb am 3. November: Der Lissabon-Vertrag war gerettet. Interessant war das Urteil des Bundesverfassungsgericht, das – obwohl es positiv für den Lissabon-Vertrag ausfiel – eine schleichende Übertragung von nationalen Kompetenzen an die EU ausdrücklich untersagte. Wie sich dies in der Praxis auswirken wird, ebenso wie Elemente des Lissabon-Vertrags selbst – mit Namen die Kompetenzerweiterung für die Nationalparlamente, wird sich schon innerhalb der nächsten zwölf Monate zeigen. Der Vertrag trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Bedauerlich sind die Ausnahmeregelungen für die Grundrechtecharta für das Vereinigte Königreich, Polen und die Tschechische Republik.

Die Macht des Europäischen Parlaments ist durch den Lissabon-Vertrag gewachsen, die der Kommission scheint geschwächt. Das bedeutet für den Ratsvorsitzenden, dass er die Entscheidungen, die er im Rat vorbereiten will, zumindest die gesetzgeberischen Entscheidungen, mit dem Parlament abstimmen muss. Für die Gesetzgebung braucht die Kommission jetzt, wenn sie ihre Initiativen durchbekommen will, eine qualifizierte Mehrheit im Parlament.

Die Aufgabe der schwedischen Ratspräsidentschaft war auch die **Ernennung der neuen Europäischen Kommission**. Zwar hatte bereits der Europäische Rat Mitte Juni 2009 seine Unterstützung für eine zweite Amtszeit des amtierenden Kommissionspräsidenten José Manuel Duro Barroso ausgesprochen. Dies stieß jedoch auf den Widerstand der Sozialdemokraten und der Grünen im Europäischen Parlament. Am 16. September bestätigte das Europäische Parlament José Manuel Barroso mit den Stimmen von Konservativen und Liberalen für eine zweite Amtszeit.

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mussten auch die mit dem Vertrag neu geschaffenen Spitzenämter (insbesondere das des dauerhaften Präsidenten des Europäischen Rates und des neuen Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik) besetzt werden. Auf dem Herbstgipfel des Europäischen Rates wurde darüber nur inoffiziell diskutiert und ein zusätzlicher Gipfel am 19. November anberaumt. Nominiert wurden schließlich der belgische konservative Christdemokrat und (zum Zeitpunkt seiner Nominierung) belgische Premierminister Herman van Rompuy als Ratspräsident und die sozialdemokratische Britin Catherine Ashton als Hohe Vertreterin. Kurz darauf wurden auch die übrigen Kommissionsmitglieder nominiert, deren Bestätigung durch das Europäische Parlament jedoch erst für Januar 2010 vorgesehen wurde.

Die neuen VertreterInnen der EU nach außen machen nicht gerade den Eindruck eines starken Führungsduos. Während man bei van Rompuy auf jeden Fall großes diplomatisches Geschick und ebenso große diplomatische und politische Erfahrung konstatieren kann, könnte die Unerfahrenheit von Ashton, die bei den Anhörungen im Europäischen Parlament obendrein visionslos und sowohl uninspiriert als uninspirierend wirkte, einen sehr negativen Einfluss auf die ohnehin nach den Klimaverhandlungen von Kopenhagen angeschlagene außenpolitische Rolle der EU haben. Dies desto mehr, da es schon schwierig

genug sein wird, in die Fußstapfen des bisherigen Hohen Vertreters Solanas zu treten, der – trotz aller Kritik – eine dynamische und – wo nötig – zurückhaltende Rolle gespielt hat. Ob die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU, sich für international unbekannte und unerfahrene VertreterInnen zu entscheiden und nicht für starke und bekannte Persönlichkeiten, die eventuell mit den Regierungschefs großer Mitgliedstaaten zusammenprallen könnten, die richtige war, wird sich herausstellen müssen.

Während der [UN-Klimakonferenz in Kopenhagen](#) im Dezember 2009, bei der ein Nachfolgeabkommen für das [Kyoto-Protokoll](#) beschlossen werden sollte, wollte die Europäische Union eine führende Rolle spielen. Thema des EU-Herbstgipfels war deshalb die gemeinsame Position der EU in Kopenhagen. Dabei standen insbesondere die Finanzierung der EU-Klimapolitik und die Art der Unterstützung für Entwicklungsländer, welche ihnen ermöglichen soll besseren Klimaschutz zu betreiben, im Fokus. Auf dem Gipfel kam es nur zu einem Minimalkompromiss, der weit hinter den Erwartungen zurückblieb: Vor allem ost- und mitteleuropäische Mitgliedstaaten sahen sich durch die Finanzierungslast überfordert. Bei der Konferenz selbst ließ sich die EU ins Abseits manövrieren: Das Abschlussdokument – der [Copenhagen Accord](#) – basierte im Wesentlichen auf einer Einigung zwischen den [USA](#), [China](#) und einigen Schwellenländern. Zu einem rechtlich verbindlichen Abkommen, wie von der EU gefordert worden war, kam es nicht. Trotz dieser abschließenden Enttäuschung muss gesagt werden, dass die schwedische Ratspräsidentschaft, die die Europäische Union durch eine sehr chaotische Phase lotsen musste, ihre Aufgabe im Großen und Ganzen sehr verdienstlich erfüllt hat.

Da während der schwedischen Ratspräsidentschaft der [Vertrag von Lissabon](#) in Kraft trat, war Reinfeldt damit auch der letzte Regierungschef, der den Vorsitz im Europäischen Rat innehatte. Ab 1. Dezember 2009 ging dieser an den neu ernannten hauptamtlichen [Ratspräsidenten Herman Van Rompuy](#) über. Die **spanische Ratspräsidentschaft** kann am 1. Januar 2010 ihre Amtsperiode ohne nennenswerte institutionelle Probleme antreten.

Die **Wahlen zum Europaparlament**, die zwischen dem 4. und 7. Juni stattfanden, stießen bei den BürgerInnen auf minimales Interesse. Mit einer Wahlbeteiligung von 43% wurde ein historischer Tiefpunkt erreicht, wobei die zwei neuen mitteleuropäischen Mitgliedstaaten Slowakei (19,6%) und Litauen (21,0%) für die bedenklichsten Ergebnisse sorgten. Das neue Europaparlament hat einen deutlichen Rechtsruck gemacht. Die konservativ-christdemokratische Fraktion (EVP) konnte ihre Position behaupten, aber durch die starken Verluste der Sozialdemokraten (SPE) und den Einzug zahlreicher populistischer, rechtsextremer und euroskeptischer Parteien wurde das politische Gleichgewicht im Europäischen Parlament empfindlich gestört. Abmachungen zwischen den sogenannten Elefantenfraktionen EVP und SPE werden künftig nicht mehr einfach durchzudrücken sein. Die großen Fraktionen müssen nach neuen Koalitionen suchen. Die Grünen erzielten überraschend die größten Gewinne, auch wenn sie es noch immer nicht schafften, sich in den neuen Mitgliedstaaten zu verankern. Die Stimmengewinne kamen vor allem aus Frankreich, wo die Liste EuropeEcologie unter der Leitung von Daniel Cohn-Bendit mit 14 Abgeordneten triumphal ins Europäische Parlament einzog.

Gleich in den ersten Tagen nach der Wahl zeigte sich, wie schwierig die traditionell stärksten Fraktionen mit der neuen Situation umgehen können. Die Sozialdemokraten drohten damit, eine erneute Amtsperiode von Kommissionspräsident Barroso abzulehnen und eine mögliche Kandidatur des liberalen ehemaligen Politischer Jahresbericht 2009, Europäische Union

belgischen Premierministers [Guy Verhofstadt](#) zu unterstützen. Auch bei der [Europäischen Grünen Partei](#) und der liberalen Fraktion [ALDE](#) stieß eine erneute Benennung von Barroso auf Widerstand und eine Kandidatur Verhofstadts fand Zustimmung. Erst nachdem Barroso in einem programmatischen Papier auf die Forderungen der liberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten eingegangen war, wurde er schließlich am 16. September 2009 vom Parlament in geheimer Wahl wiedergewählt. Ähnlich chaotisch verlief der Prozess zur Wahl des Parlamentspräsidenten, ein Amt, das schließlich an den polnischen Christdemokraten Jerzy Buzek ging.

Was die **Erweiterungspolitik** der EU betrifft, so war 2009 kein Jahr großer Fortschritte. Es war klar, dass die Erweiterungsverhandlungen vor der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags nur auf Sparflamme verlaufen würden. Zudem machte die Türkei es sich oft selbst schwierig und Kroatiens Beitritt wurde lange durch den Nachbarstaat Slowenien blockiert. Allerdings reichten drei neue Länder einen Mitgliedschaftsantrag ein: am 28. April Albanien, am 18. Juli folgte das krisengeschüttelte Island und schließlich Serbien am 22. Dezember. Drei Tage davor war die Visapflicht für Personen aus Mazedonien, Montenegro und Serbien aufgehoben – nicht aber für Bosnien und Herzegowina und Kosovo, was zu heftiger Kritik aus der Region aber auch innerhalb der EU führte. Inwieweit der Lissabon-Vertrag den Erweiterungsprozess wieder beschleunigen und Europa von seiner Erweiterungsmüdigkeit heilen wird, bleibt abzuwarten.

Die **Wirtschafts- und Finanzkrise** bestimmte auch vorwiegend die Situation in der Europäischen Union im Jahre 2009. Dass die EU eher in der Lage ist, etwas dagegen auszurichten als individuelle Mitgliedstaaten, sogar wenn es sich dabei um große wie Deutschland, Frankreich oder das Vereinigte Königreich handelt, ist unumstritten. Schwieriger ist es allerdings für die Mitgliedstaaten, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen. Viel zu sehr wird noch versucht, Vorteile für die eigene Industrie und damit auch für Arbeitsplätze im eigenen Land herauszuschlagen. Inzwischen stehen Ungarn, Tschechien, Irland und vor allem Estland, ein Land, das fast keine Realwirtschaft hat, sowie Griechenland nahe am Staatsbankrott. Für Länder aus der Eurozone wie beispielsweise Irland und Griechenland besteht automatisch die Verpflichtung in anderen Ländern der Eurozone, einen Staatsbankrott um jeden Preis zu verhindern. Gegen zahlreiche EU-Mitgliedstaaten laufen Defizitverfahren der Kommission. Die Europäische Union steht damit vor den ernsthaftesten Problemen in ihrer Geschichte. Unter der schwedischen Ratspräsidentschaft einigten sich die Mitgliedsländer auf eine stärkere Kontrolle der Banken und eine Begrenzung von Managergehältern. Es soll jetzt an Strategien zum nachhaltigen Abbau der Staatsverschuldung gearbeitet werden.

Schließlich stand das Jahr 2009 auch im Zeichen des **20-jährigen Jubiläums des Zusammenbruchs des kommunistischen Systems in Mittel- und Osteuropa**, ein Jubiläum, dessen überall mit Feierlichkeiten gedacht wurde. In der Tat ist es ein immenser historischer Erfolg, dass die ex-kommunistischen Staaten aus Mittel- und Osteuropa heute Teil der Europäischen Union sind. Aber das Jubiläum hat auch einen bitteren Beigeschmack: Der Europäischen Union ist es noch immer nicht gelungen, die Länder des Westbalkans zu integrieren. Man kann davon ausgehen, dass dies noch ein langer und mühevoller Prozess sein wird. Die geringe Begeisterung für die Europawahlen in Mittel- und Osteuropa gibt zu denken (obwohl die Begeisterung in der alten Kern-EU auch nicht gerade überschwänglich war). Die politische Instabilität und Verwirrung in vielen dieser Länder bereitet Sorgen, ebenso wie die dramatischen Konsequenzen, welche die Wirtschafts- und Finanzkrise auf einige der neuen Mitgliedsländer hat. Auch der EU-Ratsvorsitz der Politischer Jahresbericht 2009, Europäische Union

Tschechischen Republik war kein gutes Beispiel für Kompetenz und Stabilität. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa wankt das kapitalistische Wirtschafts- und Finanzsystem und die parlamentarische Demokratie stößt bei einem großen Teil der Bevölkerung in zahlreichen Mitgliedsländern auf Desinteresse und Misstrauen. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung, die die politische Klasse in der Europäischen Union und in den Mitgliedstaaten vor eine große und verantwortungsvolle Aufgabe stellt.